



AKTIONSBÜNDNIS

GEGEN RECHTS

#WIR SIND MEHR!

BREMERHAVEN BLEIBT BUNT!

Offener Brief

16. Mai 2019

An Herrn Oberbürgermeister Grantz

Sehr geehrter Herr Grantz!

Die Neonazipartei DIE RECHTE hat heute eine Kundgebung auf dem Theodor-Heuss-Platz abgehalten, zu der sich erfreulicherweise ein Mehrfaches an Gegendemonstrant*innen einfand. Nicht nur in der Innenstadt versucht diese Mini-Partei mit ihren menschenverachtenden Parolen und Aufklebern aufzutrumpfen. Ihre Wahlkampfplakate befinden sich massenhaft im Gebiet Hauptbahnhof, auf dem Weg von der Autobahn in die Stadt, in Leherheide, Lehe usw.

Der Inhalt dieser Plakate besteht nicht nur aus widerwärtigen Wortspielereien und Drohungen wie z.B. dem Slogan „Wir hängen nicht nur Plakate“. Insbesondere das Wahlkampfplakat mit dem Titel „Zionismus stoppen. Israel ist unser Unglück!“ erfüllt unserer Meinung nach den Straftatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB. Unter der Tarnung von Israel-Kritik greift DIE RECHTE hier eine Kampfparole aus der Nazi-Zeit auf: „Juden sind unser Unglück!“. Dieses Zitat von Heinrich Gotthard von Treitschke wurde als ständige Unterzeile auf der Titelseite des Nazi-Hetzblattes „Der Stürmer“ benutzt. Das Aufgreifen dieses Zitats bedeutet eine bewusste Verherrlichung des Naziregimes. Mit Israel ist hier nicht nur der Staat Israel gemeint. Jüdische Gemeinden weisen darauf hin, dass sich das Judentum auch als Volk Israel bezeichnet und männliche Juden in der Nazi-Zeit ab 1938 den zweiten Vornamen „Israel“ tragen mussten. Das heißt, es ist überdeutlich, dass hier unter dem Deckmantel von Kritik an der Politik Israels in Wahrheit Juden beleidigt, erniedrigt und diskriminiert werden. Mehr noch, denn darunter steht auch noch „Schluss damit!“ - was als Gewaltaufforderung gegen Juden verstanden werden muss.



Jüdische Gemeinden in Westfalen-Lippe haben deswegen Anzeigen erstattet. In Kassel wurden Gegenplakate gedruckt und aufgehängt. In Baden-Württemberg fordert der Antisemitismus-Beauftragte der Landesregierung, die Plakate abzuhängen. Die Ordnungsämter sollen dieser widerlichen Form des Antisemitismus mutig entgegenreten. Experten des Bundesinnenministeriums sehen in den Hetzplakaten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im nordhessischen Neukirchen hat der Bürgermeister die Plakate erst abnehmen lassen, sie aber wegen eines drohenden Rechtsstreits wieder ausgehängt. Verwiesen wird auf die Feststellung der Dortmunder Staatsanwaltschaft, wonach die Plakate nicht volksverhetzend seien. Inzwischen gibt es aber Zweifel daran und in mehreren Bundesländern weitere Strafanzeigen gegen die Plakate der Rechten.

Auch andere rechte Parteien geraten endlich unter Druck. So hat Bamberg's Oberbürgermeister Starke (SPD) Strafanzeige gegen ein Hetzplakat der Partei „Der dritte Weg“ gestellt („Reserviert für Volksverräter“). Mit der Strafanzeige solle deutlich gemacht werden, dass die Demokratie wehrhaft sei. Gerade im 70. Jahr des Bestehens des Grundgesetzes. Handlungsbedarf sah auch der Landkreis Vorpommern Greifswald und zeigte Haltung. Trotz eines angedrohten Rechtsstreites ließ er die NPD-Plakate mit dem Slogan „Migration tötet“ abhängen.

Wir sehen in diesen Beispielen eine Ermutigung und Aufforderung zugleich auch in unserer Stadt die unsäglichen Hetzplakate der Partei DIE RECHTE vom Ordnungsamt entfernen zu lassen.

Sehr geehrter Herr Grantz,

Sie haben auf der großen „Bremerhaven bleibt bunt!“ Demonstration im November letzten Jahres ein Grußwort an die 2000 versammelten Demonstrant*innen gerichtet und ihre Absicht bekräftigt alles zu tun, dass unsere Stadt bunt und weltoffen bleibt.

Wir bitten Sie deshalb, umgehend die Entfernung der oben genannten volksverhetzenden Plakate in unserer Stadt zu veranlassen. Folgen Sie dem positiven Beispiel Ihrer Kolleg*innen in anderen Städten und Landkreisen. Setzen Sie für und mit Bremerhaven ein klares Zeichen gegen Hass und rechte Hetze!

Mit freundlichen Grüßen,

Hanne Beutel

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN RECHTS

WIR SIND MEHR! BREMERHAVEN BLEIBT BUNT!